

Sehr geehrte Damen und Herren,

am gestrigen Tag um 19:15 Uhr hat uns Ihre Email mit der Anfrage nach einer Verbändestellungnahme zum Referentenentwurf des Kohleausstiegsgesetz erreicht. Der Referentenentwurf hat wie Ihnen bekannt ist einen Umfang von 195 Seiten.

Mehr als verwundert nehmen wir zur Kenntnis, dass das Bundeswirtschaftsministerium seit Verabschiedung des Endberichtes der WSB-Kommission nunmehr fast ein Jahr für die Erstellung dieses Entwurfes gebraucht hat.

Nur mit völligem Unverständnis können wir jedoch auf die genannte Frist der Abgabe zur Stellungnahme am heutigen Donnerstag, bis 18 Uhr reagieren. Die Frist beträgt weniger als 24 Stunden, in dieser Zeit ist - auch bei bestem Willen - weder eine inhaltliche Durcharbeitung der Unterlage noch die Erarbeitung einer fundierten Stellungnahme möglich.

Aus unserer Sicht wird die Verbändeanhörung damit zur Farce und das Verfahren der Beteiligung dadurch mit Füßen getreten. Ich weise nur ungerne darauf hin, dass wir schon in den vergangenen Verfahren z.B. zu Referentenentwürfen EEG-Änderungen (als die Fristen noch im Bereich weniger Tage waren) dies schon mehrfach kritisiert hatten, die Frist nun gleichsam weiter verkürzt wurde.

Da wir den Referentenentwurf in dieser kurzen Zeit inhaltlich nicht bearbeiten können, bitten wir darum, die Kritikpunkte, die derzeit (Ihnen bekannt) öffentlich diskutiert werden, zu berücksichtigen.

Diese sind u.a.

- a) zu später Kohleausstieg für Klimaziele von Paris
- b) zu später Ausstieg gegenüber WSB-Ergebnis
- c) kein Einstieg/Ausbau der Erneuerbaren
- d) Inbetriebnahme von Datteln 4 als falsches Signal
- e) Festhalten an der Abbaggerung der Dörfer und Garzweiler
- f) Hambacher Forst (durch Abbaggerung der Umgebung) nicht gesichert
- g) Aufkündigung des gesellschaftlichen Kompromisses in Form des Ergebnisses der WSB

Es ist uns gänzlich unverständlich, warum der Entwurf in so vielen Punkten signifikant vom Ergebnis der WSB und der in der Zwischenzeit mehrmals versprochenen 1:1-Umsetzung der Kommissionsergebnisse abweicht. Das Kohleausstiegsgesetz hat damit seinen Namen aus unserer Sicht nicht verdient.

Mit unverständlichen Grüßen

Jörg Sutter
Vizepräsident
für das Präsidium der DGS e.V.

Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS) e.V. (Vereinsreg. AG München 8719)

www.dgs.de

sutter@dgs.de

Tel: 07231/6038201